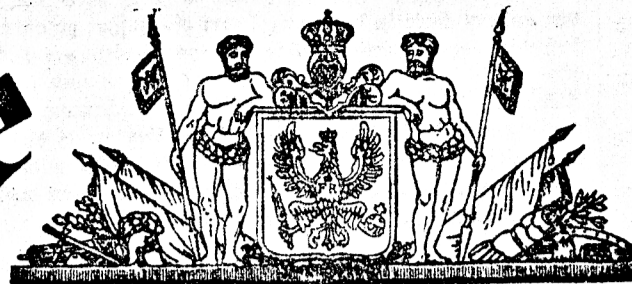


Wossische



Zeitung

Bezeichnet

1704

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die „Wossische Zeitung“ erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder vierteljährlich 8.40 M. ohne Bestellgebühr.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 830, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Die Räumungsfrage in Brest-Litowik.

Weitere Verschiebung der politischen Debatte?

Der Reichstag über die Zensur.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Wann die politische Debatte im Hauptauschuss wieder aufgenommen wird, ist noch ungewiß.

Caillaux' Kassenstrick.

Ein angebl. Staatsstreich-Projekt.

Rom, 16. Januar.

„Giornale d'Italia“ schreibt: Das Geheimfach, das Caillaux seit 1914 in Florenz unter dem Namen „Madame Renouard“...

Dieses Programm würde in Wirklichkeit ein Attentat gegen den Staat dargestellt haben. Es wäre eine wirkliche Umwälzung der französischen politischen Einrichtungen...

Dieser phantastische Plan Caillaux' war voll von Einzelheiten über die Zusammenfassung des neuen Ministeriums...

Die Nachforschungen sind im Auftrage der Untersuchungskommission der französischen Justizbehörden allein durch die italienischen Behörden vorgenommen worden.

hd Genf, 16. Januar.

Clemenceau läßt in der Presse erklären: Die Depesche Raunings, die die Verhaftung Caillaux' veranlaßte, wird veröffentlicht werden.

Der „Corriere della Sera“ meldet aus Paris, daß das Militärgericht sich im Strafverfahren wieder Caillaux bereits vor acht Tagen als geständig erklärt habe.

Dem „Matin“ zufolge hat Caillaux gegen den Haftbefehl des Untersuchungsrichters die Beschwerde eingelegt.

Paris, 16. Januar.

Comby, der in die Angelegenheit Caillaux verwickelt ist, ist Dienstag abend im Zimmer des Polizeikommissars, wohin er gerufen worden war, um Aufschlüsse zu geben, verhaftet worden.

Deutscher Vorstoß an die Themle.

Amtliche Meldung.

Berlin, 16. Januar.

Am 14./15. Januar unternahm leichte deutsche Streikräfte einen Streifzug durch die südliche Nordsee. Sie trafen weder feindliche Kriegsschiffe noch Handelsfahrzeuge an, trotzdem sie nördlich der Themsemündung bis dicht unter die englische Küste vorstießen.

Italienische Vorstöße zurückgewiesen.

Berlin, 16. Januar, abends. (Amtlich.)

Am Westhange des Monte Pertica scheiterten gestern nachmittag mehrfache Angriffe der Italiener. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Amtlich wird verlautbart:

Wien, 16. Januar.

Auf der Hochfläche von Asiago wurde ein feindlicher Vorstoß westlich des Col del Rosso abgewiesen. Deshalb der Brenta setzte der Italiener seine vergeblichen Angriffe erst in den Nachmittagsstunden fort.

Der Chef des Generalstabes.

Kabinettskrise in Oesterreich?

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

ir Wien, 16. Januar.

Unter den heute im Abgeordnetenhaus erschienenen Abgeordneten herrschte große Erregung, die durch Gerüchte über eine bevorstehende Krise des Kabinetts Seidler hervorgerufen worden war.

Der Streit der Parteien in Ungarn.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

v Budapest, 16. Januar.

Der Wahlrechtsblock, der seinerzeit zum Sturze des Kabinetts Eiska beigetragen hat, droht heute bereits wieder auseinanderzufallen. Zwischen dem Minister Bazonyi und dem Präsidenten des Blockes, dem Grafen Michael Karolyi, entstand in der Frage des nationalen ungarischen Heeres eine Meinungsverschiedenheit...

Neue Gegenläufe.

Die Zuziehung von Vertretern der Randvölker.

Brest-Litowik, 16. Januar.

Am 15. d. M. haben zwei weitere Sitzungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommissionen zur Regelung der territorialen und politischen Fragen stattgefunden...

Der Vorsitzende der russischen Delegation regte zunächst, auf die früher bereits besprochene Frage der Zuziehung von Vertretern der besetzten Gebiete zurückgreifend, an, solche Vertreter nunmehr an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen...

Staatssekretär von Kühlmann gab erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, solche Vertreter heranzuziehen, dies jedoch unter der schon früher festgelegten Voraussetzung, daß das Erscheinen dieser Vertreter in Brest-Litowik auch von der russischen Delegation dahin aufgefaßt werde...

Herr Trozki erklärte sich außerstande, auf die vom Vortredner als notwendig bezeichnete Voraussetzung einzugehen, da er nicht anerkennen könne, daß diese Vertreter den Willen der gesamten Bevölkerung jener Länder zum Ausdruck zu bringen geeignet seien...

Im Anschluß an diese Erörterung stellte der Staatssekretär von Kühlmann fest, daß die abweichenden Ansichten der verhandelnden Parteien über die Frage, welche Bedeutung den Beschlüssen der in den besetzten Gebieten bestehenden Vertretungsorgane zukomme, sich auch durch eingehende Diskussion auf einer mittleren Linie nicht hätten vereinigen lassen...

Indem Herr Trozki zugab, daß die Fortsetzung der Debatte auf dem bisher behandelten Gebiet wenigstens im augenblicklichen Stadium der Verhandlungen zwecklos erscheine, erklärte er, daß, wenn die seiner Ansicht nach erforderlichen Voraussetzungen für die Volksabstimmung gewährleistet seien, es für die praktische Lösung der Frage in der Tat gleichgültig sei, welches Organ von dieser oder jener Regierung in irgend einem vorhergehenden Zeitpunkt präsumtiv anerkannt worden sei...

Die Räumungsfrage.

Bei der Erörterung des vom Staatssekretär von Kühlmann gemachten Vorschlages, für die Vornahme der entscheidenden Abstimmungen in den besetzten Gebieten den Zeitraum zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und spätestens einem Jahr nach dem allgemeinen Friedensschluß anzusehen, schritt Herr